



POLITIK / KOMMENTAR

Atomwaffen - Europas vorauseilender Gehorsam ...

(SB) - Da Mitteleuropa das Schlachtfeld eines Atomkriegs zwischen den westlichen Mächten und Rußland wäre, sollte es das vordringlichste Anliegen deutscher Außenpolitik sein, durch Vermittlung zwischen den verhärteten Positionen maßgeblich zu einer Deeskalation beizutragen. Das gilt um so mehr, als die Bundesrepublik seit Januar für zwei Jahre einen Sitz im UN-Sicherheitsrat innehat, was ihrer Stimme zusätzliches Gewicht verleihen könnte. Doch Außenminister Heiko Maas spricht mit gespaltener Zunge, wenn er eindringlich vor dem Auslaufen des INF-Abrüstungsvertrags ... (S. 4)

UMWELT / REDAKTION

Fluorkohlenwasserstoffe - fristenblind ...

(SB) - Nachdem gemäß des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht angefangen wurde, die Emissionen von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKWs) zu reduzieren, stellte sich schnell heraus, daß die verwendeten Ersatzstoffe - Fluorkohlenwasserstoffe (FKWs) - zwar nicht das Ozon zersetzen, statt dessen aber teilweise enorm potente Treibhausgase sind. Je nach ihrer chemischer Verbindung ... (S. 10)

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien vor 90 Jahren -

Massaker an den Arbeiter*innen der Bananenplantagen

(Medellín, 5. Dezember 2018, *colombia informa*) - Am 5. und 6. Dezember 1928 erschoss das kolumbianische Militär tausende Frauen, Männer und Kinder in der Gemeinde Ciénaga im nordkolumbianischen Bundesstaat Magdalena. Bekannt wurden die Morde als das "masacre de las bananeras" (zu dt.: Massaker an den Arbeiter*innen der Bananenplantagen). Die Soldaten mordeten im Interesse des US-amerikanischen Unternehmens United Fruit Company.

Der Bundesstaat Magdalena an der Karibikküste Kolumbiens galt in den 1920er Jahren als der Mittelpunkt der Bananenproduktion, an deren Spitze das US- Unternehmen United Fruit Company [1] stand. Das Unternehmen kontrollierte den Bananenmarkt in verschiedenen Ländern Mittelamerikas und der Karibik. Es ermächtigte sich in der Region großer Flächen an Ländereien, um die Bananenproduktion sicherzustellen. Und sie heuerte Arbeitskräfte aus verschiedenen Regionen des Landes an, die auf den Bananenplantagen arbeiten sollten.

Marktführer United Fruit Company unter Druck

Die Historikerin Judith White weist darauf hin, dass die United Fruit Company Ende der 1920er Jahre eine deutliche Vorherrschaft auf dem internationalen Bananenmarkt hatte; dennoch stand die United Fruit Company in Konkurrenz zu andern Unternehmen, die ihre Produktionskosten der Früchte reduzieren konnten. Um am Markt weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, versuchte das Unternehmen seine Produktionskosten zu drücken. Doch gleichzeitig verlor die Bananenregion von Santa Marta (Bundesstaat Magdalena) an wirtschaftlichem Wettbewerbsvorteil, denn die kolumbianische Banane wog weniger als die aus Mittelamerika und die Transportkosten von Kolumbien in die USA waren höher.

Außerdem hatten die revolutionären Bewegungen und Forderungen in weiten Teilen der Bevölkerung, die unter enormer Ungleichheit und Armut litten, an Kraft gewonnen. Die Arbeiterschaft der United Fruit Company und ihre Familien litten an

Krankheiten, an Hunger, an fehlendem Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung und zu anderen Rechten. Die Bedingungen, unter denen sie arbeiten mussten und die Atmosphäre sozialer Kämpfe trieb sie dazu, sich zu organisieren, um von der United Fruit Company bessere Arbeitsbedingungen einzufordern.

Arbeiter*innen stellen Forderungen

Die ArbeiterInnen formulierten konkrete Forderungen und versuchten mit der United Fruit Company in Verhandlung zu treten. Sie forderten eine verbindliche Versicherung für die Arbeiterschaft; eine Entschädigung bei Arbeitsunfall; eine bessere medizinische Versorgung; Hygiene in den Zimmern; eine bezahlte Sonntagsruhe; die Erhöhung des Tagelohns um 50 Prozent für die Angestellten, die weniger als 100 Pesos im Monat verdienten; die Abschaffung der betriebseigenen Geschäfte und der Kredite in Form von Gutscheinen, die nur in den Geschäften einlösbar waren; eine wöchentliche Lohnauszahlung; die Abschaffung des sogenannten "sistema de contratistas" (nach dem die Arbeiter*innen nicht von der United Fruit Company direkt angestellt wurden, sondern von betriebsfremden Unternehmern. Die United Fruit Company vermied damit, sich an das geltende Arbeitsrecht halten zu müssen, Anm. d. Ü.).

Der Vorstand des Unternehmens wies die Forderungen der Arbeiterschaft zurück und weigerte sich, mit ihren Vertreter*innen zu verhandeln. Er erkannte sie nicht an. Die Forderungen der Arbeiter-

schaft stellten eine Bedrohung ihres Geschäfts in Kolumbien dar. Ihr Durchsetzen hätte die Erhöhung der Löhne bedeutet sowie des Preises, zu dem sie den Arbeiter*innen die Bananen abkauften. Die United Fruit Company weigerte sich also zu verhandeln. Sie argumentierte damit, dass es kein Recht auf einen Streik gebe. Als dieser am 12. November 1928 [2] begann, wurde er vom Vorstand des Unternehmens als eine Rebellion gegen die Obrigkeit dargestellt, die von kommunistischen Agitator*innen ausginge, die nichts mit dem Konflikt zu tun hätten.

Unternehmen weigerte sich zu verhandeln

Die Gewerkschaftsunion des Bundesstaats Magdalena schrieb daraufhin einen Forderungskatalog, den sie nicht nur an die United Fruit Company schickte, sondern auch an den Präsidenten der Republik, an den Kongress und ans Industrieministerium. Die Arbeiterschaft forderte von der Regierung, die Legalität ihrer Forderungen anzuerkennen und bat die Oficina General de Trabajo, eine Behörde des Arbeitsministeriums, zwischen ihnen und der United Fruit Company zu vermitteln.

Die Regierung unter Präsident Miguel Abadía Méndez schützte jedoch die Interessen der United Fruit Company und beauftragte General Carlos Cortés Vargas [3] damit, den von der Arbeiterschaft begonnenen Protest niederzuschlagen. Nach mehreren Protesten der Arbeiterschaft und laufenden Verhaftungen durch das Militär übten der General Cortés Vargas, die kolumbianische Re-

gierung und vor allem die United Fruit Company Druck aus, um den Streik mit allen Mitteln zu beenden. Zudem wurden Soldaten aus dem Bundesstaat Antioquia geschickt, da der General der Ansicht war, die Soldaten der Region würden nicht hart genug gegen die Arbeiter*innen vorgehen, weil sie unter der Arbeiterschaft Familienangehörige und Freundschaften hätten.

Soldaten schießen auf friedliche Demonstrant*innen

Am Abend des 5. Dezember zog der General auf dem zentralen Platz von Ciénaga etwa 300 Soldaten zusammen, die aus den Bundesstaaten Antioquia und Boyacá gekommen waren. Die Arbeiter*innen blieben der Bedrohung zunächst gelassen gegenüber; sie hatten vor, friedlich zu demonstrieren und erwarteten nicht, dass die Armee ihre Waffen einsetzen würde. Die Soldaten begannen jedoch mit ihren Maschinengewehren ohne Unterschied auf alle Demonstrierenden zu schießen.

Die genaue Anzahl der erschossenen Menschen ist nicht bekannt. Auch nach dem 6. Dezember ging der Terror durch das kolumbianische Militär weiter. Laut General Cortés Vargas gab es lediglich neun Tote, der damalige Botschafter der USA gab hingegen an, dass bis zu 1.000 Menschen erschossen wurden. Der Geschäftsführer der Gewerkschaft Alberto Castellón versicherte, dass bis zu 5.000 Menschen dem Massaker zum Opfer fielen. Wie viele Menschen genau erschossen wurden, ist unklar, da das Militär, so die Auffassung vieler Histori-

ker*innen, keine Informationen weitergab.

Jorge Eliécer Gaitán [4], damals Kongressabgeordneter der Liberalen Partei, besuchte die Region nach dem Massaker. Zurück in Bogotá klagte er vor dem Kongress das kolumbianische Militär für ihre Morde an tausenden von Frauen, Männern und Kindern an, sowie die kolumbianische Regierung, die das Massaker angeordnet hatte, um die Interessen der United Fruit Company zu schützen. General Cortés Vargas (der zunächst befördert und erst nach einem weiteren Mord zum Rücktritt gezwungen wurde, Anm. d. Ü.) erklärte, er habe die Demonstrierenden angegriffen, um zu verhindern, dass Kriegsschiffe der US-Marine kolumbianisches Gebiet einnähmen, um das US-amerikanische Unternehmen zu schützen.

Anmerkungen:

[1] https://en.wikipedia.org/wiki/United_Fruit_Company

[2] <http://www.banrepcultural.org/biblioteca-virtual/credencial-historia/numero-190/la-masacre-de-las-bananeras>

[3] https://es.wikipedia.org/wiki/Carlos_Cort%C3%A9s_Vargas

[4] https://de.wikipedia.org/wiki/Jorge_Eli%C3%A9cer_Gait%C3%A1n

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/vor-90-jahren-massaker-an-den-arbeiterinnen-der-bananenplantagen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weiter-

gabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonaal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonaal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

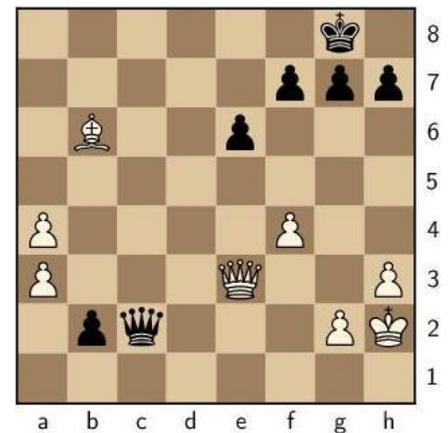
<http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0195.html>

SCHACH - SPHINX

Riß in der Perspektive

(SB) - Stolz war der schwarze Bauer die Karriereleiter bis nach b2 hochgeklettert und stand nun endlich vor der Belohnung aller Mühen und Qualen. Nur noch ein Schritt, und aus dem Wicht und namenlosen Niemand wäre ein achtbarer Repräsentant des hohen Schachadels geworden. Opfer müssen bei solch einem Aufstieg natürlich gebracht werden. Niemand räumt seinen Platz aus Liebe zum Nächsten, es sei denn, er bekommt etwas dafür, das in der Aussicht auf höhere Weihen auf keinen Fall geringer ist als der geleistete Wegzoll. Eine schwarze Figur war vom Brett abgegangen in notwendiger Pflichterfüllung, wie es schien, damit der schwarze Sieg um so vollkommener werde. Doch der Erfolg ist ein Ziel, darauf tausend Augen fixiert sind. Ein derartiges Gedrängel an

der Spitze übersteht nur der Tüchtigste, was immer das im Spiegel gesellschaftlicher Ellbogenmentalität heißen mag. Wie auf dem Schachbrett, so auch im Leben und im heutigen Rätsel der Sphinx: Wer Erfolg hat, stellt seine Tugenden stets ins rechte Licht. Der schwarze Bauer, der so hoch hinauf wollte, zog sich jedoch zuletzt den Schimpf eines Emporkömmlings zu und strauchelte kurz vor dem großen Ziel. Die weiße Dame hatte dem schwarzen König nämlich ein Bein gestellt, und was ist schon ein Günstling wert, wenn sein Gönner stirbt, nicht wahr, Wanderer?



Murey - Zapata
Amsterdam 1986

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Der Zorn der Erinnyen traf den Nachziehenden mit 1.Sc3-b5! und keine Rettung war in Sicht für die bedrohte schwarze Dame, denn es drohte vernichtend 2.Sb5-d6# Schwarz fügte sich ins Unvermeidliche, gab seine Dame 1...Db2xb5 2.Ld3xb5 Sf8-e6 3.Dd4-b2 c6xb5 4.Lf6-h4 und schließlich die Partie auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0195.html>

POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

Atomwaffen - Europas vorseilender Gehorsam ...

*Der Schlüssel, um den INF-Vertrag zu bewahren, liegt in Moskau.
Außenminister Heiko Maas [1]*

(SB) 7. Januar 2019 - Da Mitteleuropa das Schlachtfeld eines Atomkriegs zwischen den westlichen Mächten und Rußland wäre, sollte es das vordringlichste Anliegen deutscher Außenpolitik sein, durch Vermittlung zwischen den verhärteten Positionen maßgeblich zu einer Deeskalation beizutragen. Das gilt um so mehr, als die Bundesrepublik seit Januar für zwei Jahre einen Sitz im UN-Sicherheitsrat innehat, was ihrer Stimme zusätzliches Gewicht verleihen könnte. Doch Außenminister Heiko Maas spricht mit gespaltener Zunge, wenn er eindringlich vor dem Auslaufen des INF-Abrüstungsvertrags Anfang Februar warnt, der explizit auf die Sicherheit Europas ausgerichtet sei, jahrzehntelang zu deren Gewährleistung beigetragen habe und deshalb von besonderer Bedeutung für die Menschen in Deutschland sei. Denn im selben Atemzug weist er die alleinige Verantwortung Rußland zu: "Der Schlüssel, um den INF-Vertrag zu bewahren, liegt in Moskau." Rußland habe den Vertrag "gebrochen, indem es einen verbotenen Marschflugkörper entwickelt und in seine Streitkräfte eingeführt hat. Wenn Russland den Vertrag bewahren will, muss es jetzt überprüfbar abrüsten".

Damit schließt sich die Bundesregierung definitiv US-Präsident Donald Trump an, der im Oktober gedroht hatte, den 1987 zwi-

sehen Washington und Moskau vereinbarten Vertrag aufzukündigen. Die USA setzten Moskau Anfang Dezember eine Frist von 60 Tagen, um die Zerstörung der Marschflugkörper mit dem Namen 9M729 (NATO-Code: SSC-8) zuzusagen. Wenn Rußland den Vertrag verletze, ergebe es für die USA keinen Sinn mehr, im Vertrag zu bleiben, erklärte damals US-Außenminister Mike Pompeo in Brüssel. [2] Die NATO-Verbündeten, darunter auch Deutschland, unterstützen den Standpunkt Washingtons und das Ultimatum. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg warnte vor wenigen Tagen: "Wenn Russland nicht wieder vertragstreu wird, dann haben wir ein großes Problem. Derzeit gibt es keine neuen US-Marschflugkörper in Europa, aber es gibt neue russische Marschflugkörper." Die SSC-8 sei mobil einsetzbar, lasse sich mit atomaren Sprengköpfen bestücken und könne europäische Städte erreichen. Russland habe eine letzte Chance, aber die NATO würde sich "im Fall der Fälle auf eine Welt ohne Vertrag vorbereiten müssen".

Rußlands Präsident Wladimir Putin hatte vor Weihnachten eindringlich vor der steigenden Gefahr eines Atomkriegs gewarnt. Sollten die USA in Europa Mittelstreckenraketen stationierten, sähe sich sein Land gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Das von den Amerikanern gesetzte Ultimatum sei inakzeptabel, erklärte Vizeaußenminister Sergej Rjabkow jüngst in der russischen Nachrichtenagentur Interfax. Zugleich warf er den USA fehlende Gesprächsbereitschaft über den Erhalt des INF-Vertrags vor. Es habe zwar Aussagen Washingtons gegeben, den Dialog fortzusetzen, doch die Bereitschaft dazu sei nicht zu erkennen.

Erinnern wir uns: Der NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 bestand aus zwei Teilen: Die NATO kündigte die Aufstellung neuer mit Atomsprengköpfen bestückter Raketen und Marschflugkörper (Pershing II und BGM-109 Tomahawk) in Westeuropa an. Zugleich verlangte sie bilaterale Verhandlungen der Supermächte über die Begrenzung ihrer atomaren Mittelstreckenraketen. Dabei blieben die französischen und ein Teil der britischen Atomraketen ausgeklammert. Nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen im November 1982 lehnten Bevölkerungsmehrheiten mehrerer NATO-Staaten die geplante Aufstellung ab. Eine Mehrheit des Deutschen Bundestages stimmte ihr jedoch am 22. November 1983 zu. Ab Dezember 1983 wurden die neuen Atomraketen aufgestellt.

Am 22. Oktober 1983 hatten bundesweit rund 1,3 Millionen Men-

schen gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Mitteleuropa demonstriert. Im Bonner Hofgarten kamen damals rund eine halbe Million Menschen zur größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik zusammen. Die Proteste in Europa konzentrierten sich ausgerechnet in jenem Land, dessen Kanzler sich bei den Westmächten vehement für die Aufrüstung stark gemacht hatte. Für Helmut Schmidt gab es nur eine Antwort auf die Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen: mit Pershing-II-Raketen kontern. [3]

Im Vertrag über Atomwaffen mittlerer Reichweite (INF) einigten sich die USA und die damalige Sowjetunion 1987 darauf, alle landgestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörper mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern abzuschaffen wie auch die Produktion und Tests solcher Systeme zu unterlassen. Es war die erste große Abrüstungsvereinbarung im Zeichen des von Michail Gorbatschow ausgelösten Tauwetters, und sie eliminierte auf einen Schlag eine ganze Klasse von Atomwaffen, da sie unter anderem zur Verschrottung der sowjetischen SS-20 und der amerikanischen Pershing-Raketen führte. [4]

Im Zuge des Vormarsches der NATO bis an die russische Grenze und der Errichtung des Raketenabwehrschirms in Osteuropa geriet der INF-Vertrag zwangsläufig unter Druck. Während er kein Verbot von seegestützten Cruise-Missiles umfaßt, schließt er die Stationierung solcher Waffen an Land aus. Die US-Navy verfügt über Marschflugkörper vom Typ Tomahawk, während

die russische Marine den Marschflugkörper Kalibr einsetzt. Laut US-amerikanischen Experten handelt es sich bei der SSC-8 vermutlich um eine landgestützte Version der Kalibr, deren Reichweite 2500 Kilometer beträgt, womit sie unter das INF-Verbot fallen würde. Da bereits die Entwicklung solcher Waffen gemäß des Vertrags verboten ist, hatte die Obama-Administration versucht, Moskau damit unter Druck zu setzen - natürlich ohne die eigenen Tomahawks an dem gleichen Leisten zu messen. Beide Seiten verfügen also über Waffen, die atomar bestückt werden können und deren Reichweite unter das Verbot des INF-Vertrags fällt. Es stellt sich folglich die Frage, ob nicht auch beide Seiten einen landgestützten Einsatz vorbereiten oder bereits dazu in der Lage sind.

Die westlichen Mächte fordern, daß die Einhaltung des INF-Vertrags überprüfbar sein müsse, also das SSC-8-System entweder beendet wird oder die Raketen die verlangte Reichweite einhalten. Rußland hat die Vorwürfe stets zurückgewiesen und lediglich versichert, die Raketen seien nicht auf die Reichweite 500 bis 5000 km getestet worden, weswegen sie keine Vertragsverletzung darstellten. Rußland hatte bereits 2007 gedroht, aus dem INF-Vertrag auszusteigen, da die USA nach ihrem einseitigen Rückzug aus dem ABM-Abkommen 2002 mit der darauffolgenden Planung von Stützpunkten des Raketenabwehrschirms an der russischen Grenze den INF-Vertrag verletzen. Die zunächst für das Aegis-System verwendeten Raketen des Typs SM-3 mit einer Reichweite bis 900 km wurden auf einem ru-

mänischen Stützpunkt stationiert. 2020 soll die Basis des Raketenabwehrschields mit bodengestützten SM-3 fertiggestellt sein, und von diesen Abschußrampen können auch die künftigen SM-3 Block-IIA-Raketen mit einer Reichweite von 2500 km sowie Tomahawk-Marschflugkörper derselben Reichweite abgefeuert werden. [5]

Ogleich also auch die NATO die Voraussetzungen dafür schafft, landgestützte atomare Mittelstreckenraketen einzusetzen, wirft sie einseitig der russischen Seite vor, den INF-Vertrag zu verletzen. Um dies zu begründen, hält sie die absurde Behauptung vor, der Raketenabwehrschild richte sich nicht gegen Rußland, sondern ausschließlich gegen den Iran. Wäre der Bundesregierung an einer bilateralen Eindämmung des Konflikts gelegen, könnte sie sich nicht zuletzt für eine gegenseitige Inspektion der fraglichen Waffensysteme einsetzen, in deren Rahmen die Einhaltung des INF-Vertrags überprüft würde. Statt dessen schließt sie sich dem Ultimatum an die Adresse Moskaus an, was dazu führen kann, daß neue Mittelstreckenraketen mit Atomsprenköpfen auch nach Deutschland verlegt werden, das spätestens dann im Kriegsfall allererstes Angriffsziel wäre. Vielleicht hat Donald Trump kein Problem damit, Europa im nuklearen Feuer verbrennen zu sehen, weil er sich im Universum seines Wahnwitzes in sicherer Entfernung wähnt. Daß jedoch Heiko Maas und Konsorten auf einen reservierten Platz im Atom-bunker setzen, auf daß sie einige Stunden oder gar Tage länger als die schutzlosen Millionen draußen überleben, zeugt von einer

apokalyptischen Zukunftsvision deutscher Außenpolitik.

POLITIK / SOZIALES / INTERNATIONAL

Anmerkungen:

[1] www.welt.de/politik/deutschland/article186605834/Heiko-Maas-zu-INF-Vertrag-Russland-muss-jetzt-ueberpruefbar-abruesten.html

[2] www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_85038870/streit-um-inf-vertrag-maas-russland-muss-im-streit-um-abruestungsvertrag-einlenken.html

[3] www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/500.000-protestierten-gegen-Nato-Doppelbeschluss-article1176315.html

[4] www.nzz.ch/international/washington-wirft-moskau-vertragsbruch-vor-russlands-mysterioese-lenkwaffe-ld.150183

[5] www.heise.de/tp/features/Nato-setzt-Russland-Ultimatum-4266035.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1728.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

El Salvador / Guatemala / Honduras / Mexiko / USA

Gestrandet in Tijuana

von Alberto Pradilla



Im Baseballstadion Benito Juárez mit seinem aufgeweichten schlammigen Boden und dem allgegenwärtigen Gestank der überfüllten Toiletten herrschten katastrophale Hygienemängel
Alberto Pradilla, CC 3.0 [<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>]

(Tijuana, 3. Dezember 2018, desinformémonos)* - Brian Eduardo Elvir Flores ist 24 Jahre alt. Er stammt aus Choluteca, Honduras, und gehört zu den ersten, die sich auf den Weg machten. Er war bereits dabei, als sich die Karawane mit zuerst 160 Teilnehmer*innen am 14. Oktober in San Pedro Sula zu formie-

ren begann. Heute befindet er sich 5.000 Kilometer weiter nördlich in der mexikanischen Grenzstadt Tijuana. Jetzt erst wird ihm bewusst, dass Hunger, Müdigkeit und Krankheiten, der Mangel an Trinkwasser, das Draußenschlafen bei jedem Wetter und das unbequeme Reisen auf offenen Waggons nur eine kleine Einstimmung auf die tatsächlichen Hürden waren, die es zu überwinden gilt: Die wahre Herausforderung besteht in der Überwindung der US-amerikanischen Grenze. Auf der anderen Seite der gigantischen Mauer, die von der Sammelunterkunft aus zu sehen ist, liegt der "American Dream". Zum

Greifen nah, und doch so weit weg.

"Was mach' ich denn jetzt?", fragt sich Elvir, mittlerweile auf dem Sportplatz Benito Juárez angekommen. Das ehemalige Baseballstadion, das nur durch eine angrenzende Landstraße von der Mauer getrennt ist, wurde zu einer Sammelstelle für Migrant*innen umfunktioniert, die ab dem 30. November aufgrund starker Regenfälle und Überschwemmungen in die zehn Kilometer von der Grenze entfernt liegende Eventhalle El Barretal verlegt wurde. Den Behörden, die den Umzug sowieso geplant hatten, allerdings den zu erwartenden Widerstand der Migrant*innen scheuten, spielte das schlechte Wetter also geradewegs in die Hände.

"Was mach' ich denn jetzt?"

Im Baseballstadion Benito Juárez mit seinem aufgeweichten schlammigen Boden und dem allgegenwärtigen Gestank der überfüllten Toiletten herrschten katastrophale Hygienemängel. Aufgrund des nächtlichen Temperaturabfalls bildete sich Feuchtigkeit an den Innenseiten der Zeltwände. Wie es scheint, sind die Bedingungen an dem neuen Ort nicht besser. Die Lage in Tijuana spitzt sich zu. Es erscheint unglaublich, dass die mexikanischen Behörden und internationale Organisationen die sich anbahnende Krise für nicht vorhersehbar hielten - wusste man doch spätestens in Mexiko-Stadt, dass der mittelamerikanische Exodus sich nach Tijuana aufmachen würde. Die Migrant*innen selbst hatten

es laut und deutlich mitgeteilt. Hatten sie ihnen nicht zugehört? Der Weg über Tijuana galt als der sicherste. Der Weg über die Stadt, die den fünften Platz auf der Liste der Orte mit den höchsten Mordraten einnimmt, in einem Land, das im "Anti-Drogen-Krieg" verblutet, galt als der sicherste.



Es gibt keine kollektive Lösung

Elvir weiß nicht, was er tun soll, und seine Unsicherheit spiegelt die der gesamten Karawane. In Tijuana beobachteten wir eine paradoxe Situation: Als Gruppe unterwegs zu sein, hatte ihnen die Kraft gegeben, es bis hierher zu schaffen. Jetzt, wo der Grenzübertritt bevorsteht, wird gerade die Tatsache zum Problem, dass sie viele sind. Es gibt keine kollektive Lösung. Sie werden nicht die Tore öffnen, und es wird keinen Passierschein für die Hungrigen geben. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Asyl beantra-

gen oder wieder untertauchen. Die dritte Option, in Tijuana bleiben, gilt als Übergangslösung: Man bleibt, um etwas Geld zu sparen, wartet ab, bis sich die Lage etwas entspannt hat und hofft auf ein bisschen Glück. Elvir Flores hat die Möglichkeit in Betracht gezogen, Asyl zu beantragen.

Zeltstadt in Tijuana

Foto: Alberto Pradilla, CC 3.0
[<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>]

Wie viele der Migrant*innen trägt er eine traurige Geschichte mit sich. Mittelamerika ist eine einzige riesige Blutlache. Zwei seiner Brüder wurden ermordet. Elvin Enrique starb 2013. "Er ging raus, um eine Runde zu drehen. Er hatte nicht bezahlt und als er abends nach Hause kam, wurde er von Kugeln durchsiebt." Ein paar Jahre später wurde sein Bruder Erick mit sechs Schüssen getötet. Auch bei ihm ging es um Erpressung und um die Zahlung seines eigenen Lösegelds, in Honduras bekannt als "Kriegssteuer". Die Ma-

ra Salvatrucha oder MS-13, zusammen mit Barrio 18 eine der aktivsten und gefährlichsten Banden in Mittelamerika, hatte von der Familie 1.500 Lempiras (54 Euro) pro Woche für das Leben der Jungen gefordert. Man muss sich das mal vorstellen: In Honduras bezahlt eine Familie wöchentlich 50 Euro, um nicht von einer kriminellen Bande getötet zu werden. Diese Art von Erpressung ist für viele Mordfälle verantwortlich, die das nördliche Dreieck Zentralamerikas (Honduras, El Salvador, Guatemala) zu einer der gefährlichsten Regionen der Welt machen. Die Brüder von Elvir Flores weigerten sich zu zahlen und bezahlten dafür mit ihrem Leben. So funktioniert das: Wer nicht rechtzeitig zahlt, wird umgelegt.

Wer nicht zahlt, wird umgebracht

Von einer Kriminellenbande verfolgt zu werden, reicht nicht aus, um von einem*r US-amerikanischen Richter*in den Flüchtlingsstatus anerkannt zu bekommen. Darin liegt Elvirs Problem. Einem Asylantrag wird nur stattgegeben, wenn der Antragsteller oder die Antragstellerin aufgrund der Glaubenszugehörigkeit, der ethnischen Herkunft, der politischen Überzeugung, der Nationalität oder der Zugehörigkeit zu einer Minderheit verfolgt wird. Elvir Flores wurde erpresst, weil er im Machtbereich der MS-13 lebte. Er kann sich nicht als Verfolgter bezeichnen, obwohl sein Leben in Gefahr war. Es ist unwahrscheinlich, dass ein* Richter*in seinem Antrag stattgibt.

Die zweite Möglichkeit wäre, einen Coyoten zu bezahlen. Die-

ser Weg wurde jahrzehntelang von Tausenden Mittelamerikaner*innen und Mexikaner*innen gewählt. Durch die Karawane sind die Preise explodiert. Einige verlangen zwischen 4.000 und 8.000 Dollar - so viel kostete früher die gesamte Reise einer Familie von Honduras oder Guatemala. Es gibt auch Coyotes, die weniger verlangen, allerdings läuft man dann eher Gefahr, übers Ohr gehauen zu werden.

In der Unterkunft kursieren sagenhafte Geschichten

In der Sammelunterkunft hört man Geschichten von bettelarmen Menschen, die etwas Geld von den USA erhalten hatten und es wieder verloren, weil sie dem falschen Coyoten vertraut hatten. Sagenhafte Geschichten von Menschen, die es bis in die USA schafften, obwohl sie nur ganz wenig bezahlt oder die Schmugglerrouen genommen hatten, unterirdische Gänge, die von mexikanischem auf US-amerikanisches Terrain führen. Böse Zungen behaupten, das Tiefland bei Tijuana sei perforiert wie ein Schweizer Käse und werde eines Tages komplett versinken. Die letzte und vielleicht gefährlichste Option, die unter den Ärmsten der Armen als rettender Strohalm gehandelt wird, ist, als Drogenkurier*in über die Grenze zu gehen. Diese Menschen werden Mulas, Maultiere, genannt. Man muss sich 25 kg Drogen (Marihuana oder Kokain) auf den Rücken schnallen und überquert die Grenze mit einer Begleitperson. Wenn man will, kann man anschließend dort bleiben. Wer weitermachen will, kehrt um, kassiert 50.000 Pesos (etwas über 2.100 Euro)

und übernimmt so viele Botengänge, wie die Chefs erlauben. Wer erwischt wird, kommt ins Gefängnis und darf mindestens zehn Jahre nicht in die USA einreisen.

Trotzdem entscheiden sich viele Menschen für diese Option, weil sie keinen Coyoten bezahlen können. An diesem Punkt ist Elvir Flores nicht. Bis auf weiteres will er sich aufs Abwarten verlegen. Um zu überleben, hat er sich ein kleines Unternehmen innerhalb des Migrant*innenlagers aufgebaut. Für zehn Pesos bewacht er die Handys an der Aufladestelle. Hier wird viel gestohlen, und für den Exodus der Hungerleidenden ist Kommunikation essentiell. Also garantiert Elvir seinen Kund*innen, dass niemand das Handy beim Aufladen stiehlt. Seine Einnahmen investiert er in Zigaretten, die er zum Verkauf anbietet. "Leeeeuute, raaaaauucht!!" Zusammen mit dem Husten der Kranken wird sein Ruf zur Begleitmusik der Karawane der Hungernden.

Tijuana ist das Ende der Karawane

Das Karawanenprinzip war sehr effektiv, um bis nach Tijuana zu gelangen. Nun müssen alle ihre eigenen Möglichkeiten abwägen. Viele sind auf schmerzhalte Weise zu diesem Schluss gekommen. Seit die Karawane in Mexiko-City angekommen war, gab es Möglichkeiten, um an Informationen zu kommen: Anwält*innen und Menschenrechtskollektive erklärten ihnen, dass es nicht leicht sei, die Grenze zu den USA zu überwinden; die Barrieren zu überrennen wie an der mexikanischen

Südgrenze werde ihnen nicht gelingen, Die Warnungen waren umsonst. Die erschöpften Männer, Frauen und Kinder müssen sich definitiv etwas einfallen lassen, wenn sie in die USA gelangen wollen, denn, wie sie am eigenen Leib erfahren mussten, waren Donald Trumps Worte, die USA werde ihre Einreise zu verhindern wissen, keine leere Rhetorik. Dies wurde am 25. Oktober deutlich unter Beweis gestellt. An jenem Sonntag begannen die US-Grenzschrützer*innen, mit Gummigeschossen und Tränengas gegen Hunderte Menschen vorzugehen, die versuchten, sich der Mauer zu nähern.



*Vom American Dream in die Realität: Am 25. Oktober 2018 gingen US-Grenzschrützer*innen mit Gummigeschossen und Tränengas gegen Hunderte Menschen vor, die versuchten, sich der Mauer zu nähern*

Foto: Alberto Pradilla, CC 3.0 [https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/]

Monatelang hatten die Menschen ausschließlich auf Gott vertraut und darauf gehofft, der Präsident werde Mitleid mit ihnen haben. Mit ungebrochener Naivität glaubten sie, Donald Trump wer-

de sich von dem erbärmlichen Anblick der erschöpften und kranken Männer, Frauen und Kinder erweichen lassen. Sie dachten nicht einen Moment daran, dass Migrationspolitik nichts mit Empathie zu tun hat. Dass die Einwanderungsgesetze in Wirklichkeit darauf zugeschnitten sind, das "Eindringen" genau solcher Menschen in die reichen Länder zu verhindern. Wie sehr muss es sie also entmutigt haben, zu sehen, wie Liz Ramírez aus Retalhuleu, Guatemala bei ihrem Versuch, auf US-amerikanisches Terrain zu gelangen, mit Gummigeschossen und Tränengas zum Umkehren gezwungen wurde, mit zerfetzter

Hose, schmerzhaft getroffen und halbblind vom Reizgas.

Tijuana ist das Ende der Karawane. Bis hierher zu gelangen war ein Erfolg. Nun gilt es, individuelle Lösungen zu finden, zu überlegen, wie es zu schaffen ist, in der Stadt zu überleben, die auf Platz fünf der gewalttätigsten Orte des Landes rangiert. Wie man es vermeiden kann, dass die Situation eskaliert. Wie man sich gegen den Rassismus zur Wehr setzt, den eine kleine Gruppe aus Tijuaner*innen und US-Amerikaner*innen in der Stadt mit den zugewanderten

Migrant*innen zu schüren versucht. Bisher gab es einen gewalttätigen Übergriff. Aber wenn die Situation stagniert, wenn das Geflüchteten-Lager zur Dauereinrichtung wird, können sich auch die rassistischen Tendenzen manifestieren. Mindestens 6.000 Menschen aus Honduras, Guatemala und El Salvador warten derzeit in Tijuana. Sie haben Mexiko durchquert, ohne auf die Hilfe von Coyoten oder die berüchtigte Nord-Süd-Zugverbindung La Bestia zurückzugreifen. Das ist bereits ein Erfolg. Aber nun kommt das Allerschwierigste. Es ist noch zu früh um zu sagen, in wie weit sich die Art, wie Mittelamerikaner*innen versuchen, in die USA zu gelangen, mit der Karawane verändert hat.

* Der Artikel wurde mit Genehmigung von El Salto übernommen. <https://www.elsaltodiario.com/migracion/estancados-en-tijuana->

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/gestrandet-in-tijuana/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psi00244.html>

Fluorkohlenwasserstoffe - fristenblind ...

(SB) 7. Januar 2018 - Nachdem gemäß des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht angefangen wurde, die Emissionen von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKWs) zu reduzieren, stellte sich schnell heraus, daß die verwendeten Ersatzstoffe - Fluorkohlenwasserstoffe (FKWs) - zwar nicht das Ozon zersetzen, statt dessen aber teilweise enorm potente Treibhausgase sind. Je nach ihrer chemischer Verbindung können Vertreter der FKWs bis zu 23.000mal klimawirksamer sein als CO₂.

Seit dem 1.1.2019 gilt ein internationaler Klimaschutzvertrag, das 2016 beschlossene Kigali Amendment, das Änderungen am 1989 in Kraft getretenen Montrealer Protokoll vorsieht. So lange hat es gedauert, bis sich die Unterzeichnerstaaten - bislang sind es nur 65 - auf ein Auslaufen des Gebrauchs von FKWs einigen konnten. Das Kigali Amendment wird von vielen Seiten gelobt, weil es UN-Angaben zufolge dafür sorgt, daß sich bis Ende des Jahrhunderts die globale Durchschnittstemperatur um bis zu 0,4 Grad Celsius weniger erhöht, als wenn die Änderungen nicht beschlossen worden wären [1].

Allerdings sind ziemlich lange Ausstiegsfristen vereinbart worden, die fast bis Mitte des Jahrhunderts und damit in eine erdgeschichtliche Phase reichen, in der die globale Erwärmung, wenn ihr Tempo wie bisher anhält, vermutlich gar nicht mehr gestoppt wer-

den kann. Ungeachtet dieser absehbar katastrophalen Entwicklung gehen die Unterzeichnerstaaten offenbar davon aus, daß sie die Klimaentwicklung im Griff haben.

Das Kigali Amendment unterteilt die Staaten in drei Gruppen: Die Industrieländer müssen im Zeitraum von 2019 bis 2036 den Verbrauch und die Herstellung von FKWs um 85 Prozent, die Entwicklungs- und Schwellenländer von 2024 bis 2045 um 80 Prozent und eine Handvoll weiterer Länder von 2028 bis 2047 um 85 Prozent senken. Das heißt, man läßt sich seit dem Inkrafttreten des Montrealer Protokolls mehr als ein halbes Jahrhundert Zeit, um den klimaschädlichen Ersatzstoffe der ozonschichtzerstörenden Substanzen, die unter anderem in elektrischen Schaltanlagen, Klimaanlage, Kühlschränken, Aerosolen und Schaumstoffen verwendet werden, zu bannen - aber selbst dann nicht einmal vollständig.

Die Europäische Union hat bereits 2014 angefangen, die problematischen FKWs zu reduzieren. In der entsprechenden EU-Verordnung "Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über fluorierte Treibhausgase" wird jedoch das 2-Grad-Ziel angepeilt. Das bedeutet, daß die EU-Beschlüsse zur Reduktion der FKWs auf der Annahme beruhen, bis Ende dieses Jahrhunderts die globale Erwärmung um nicht mehr als zwei

Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit steigen zu lassen.

Doch schon vor fünf Jahren hatten die kleinen Inselstaaten und zahlreiche Entwicklungsländer gefordert, die Temperaturschwelle von 1,5 Grad und eben nicht zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit einzuhalten, da ansonsten einige Staaten vom ansteigenden Meer überschwemmt und von der Landkarte getilgt werden und andere Staaten wesentlich intensiveren Naturkatastrophen ausgesetzt sein werden.

Jahrelang hatte niemand auf die Sorge dieser Staaten reagiert. Erst mit dem 2017 in Kraft getretenen Pariser Klimaschutzübereinkommen wurde eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur um maximal 1,5 Grad als Wunschziel ausgewiesen, während zwei Grad Erwärmung nunmehr als Mindestziel formuliert war. Wohlgemerkt, das war erst 2017, also ein Jahr nach der Vereinbarung des Kigali Amendments. Man kann davon ausgehen, daß die für die gefährdetsten Länder enorm wichtige Schwelle von 1,5 Grad noch keine Grundlage für die Verhandlungen bildete und allein deshalb die Kigali-Änderungen deutlich hinter den Erfordernissen zurückbleiben.

Dem noch nicht genug, könnte man sich sogar fragen, ob im Jahr 2045 weltweit mehr FKWs hergestellt und verbraucht werden als heute. Denn entscheidend für

eine prozentuale Reduktion ist das Basisjahr. Für die Industriestaaten wurde der Mittelwert der Jahre 2011 bis 2013 genommen. Doch schon für die zweite Gruppe, die Entwicklungs- und Schwellenländer, zu der auch China als weltweit größter FKW-Produzent gehört, wird als Berechnungsbasis der Zeitraum 2020 bis 2022 genommen. Und für die dritte Gruppe, in die unter anderem Indien fällt, gilt der Zeitraum 2024 bis 2026 [2].

Was bedeutet das? Gegenwärtig sind die FKWs die Gruppe unter allen Treibhausgasen, die die höchsten Zuwachsraten erfahren. Wenn nun Länder wie China und Indien ihre FKW-Produktion in den nächsten Jahren massiv steigern, schaffen sie sich damit Basisjahre, von denen sie leichter wieder herunterkommen, weil die Märkte bis dahin entweder (mit Kühlschränken, Klimaanlagen, etc.) gesättigt sind oder keine so hohen Zuwachsraten mehr erwirtschaftet werden.

Vom Standpunkt eines entschiedenen Klimaschutzes aus, bei dem die Länder des Globalen Südens nicht auf der Strecke bleiben, hält das Kigali Amend-

ment bei weitem nicht, was es dem ersten Anschein nach verspricht. Anscheinend haben sich die Staaten auf den FKW-Ausstieg geeinigt, eben weil dieser ihre Industrien nicht schmerzt und einige Unternehmen mit der nächsten Generation der Ersatzstoffe sogar ihre Umsätze steigern können.

Anmerkungen:

[1] <https://ozone.unep.org/node/101549>

[2] <https://www.downtoearth.org.in/news/climate-change/countries-adopt-kigali-amendment-to-phase-down-hfcs-56008>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-681.html>

The Ocelots

Irischer Singer-Songwriter Folk
mit Gitarre und Bluesharp



Mittwoch, 9. Januar 2019, 20.00 Uhr
Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg-Harburg
www.komm-du.de
Eintritt frei / Hutspende

GEISTESWISSENSCHAFTEN	Kolumbien - Massaker an den Arbeiter*innen der Bananenplantagen (poonal)	Seite 1
SCHACH-SPHINX	Riß in der Perspektive	Seite 3
POLITIK - KOMMENTAR	Atomwaffen - Europas vorauseilender Gehorsam ...	Seite 4
POLITIK - SOZIALES	Gestrandet in Tijuana (poonal)	Seite 6
UMWELT - REDAKTION	Fluorkohlenwasserstoffe - fristenblind ...	Seite 10
DIENSTE - WETTER	Und morgen, den 8. Januar 2019	Seite 12

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 8. Januar 2019

+++ Vorhersage für den 08.01.2019 bis zum 09.01.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Regen, Wolken, Sturmgebräus
beherrschen die Stunden,
da bleibt Jean-Luc doch im Haus
und am Bett gebunden.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.